

Am Rande

Wiedergeburten



Natürlich geht es niemanden etwas an, weshalb sich der britische Premierminister Tony Blair kürzlich in Mexiko mit Melonenfruchtfleisch einschmieren ließ und dann in alle

vier Himmelsrichtungen brüllte. Seine Sache. Aber das spirituelle Wiedergeburtstribunal, das Blair an sich vollführen ließ, kann auch die Rituale des politischen Berlin befruchten – schließlich hat Tony in der deutschen Sozialdemokratie Guru-Status.

Das Kanzleramt ist für Spiritualität geradezu gebaut. Die Form des Kubus erinnert an die Kaaba in Mekka, die runden Öffnungen an die perfekten Kurven eines Yin-Yang-Symbols. Weshalb also nicht morgens in der kleinen Lage erst einmal tief mit den Füßen atmen, während der Regierungssprecher schamanische Weisen brummt. Dann könnten Schröder und Struck die Männergruppe mit „Ruhige Hand“-Shiatsu auf die schlechten Schwingungen der Justizministerin vorbereiten. Warum nicht? François Mitterrand hat sich die Sterne deuten lassen, Astrologen gingen bei den Reagans im Weißen Haus ein und aus. An irgendetwas muss ein Politiker ja glauben.

Und die Union könnte den nächsten Parteitag auf dem Brocken einberufen, dort ihr Mantra „kaaaa“ summen und dann den Zauber des Lapis philosophorum sprechen: „Das Ausgefaulte lösen wir auf, das Geteilte reinigen wir, das Gereinigte vereinigen wir und verfestigen es. Auf diese Weise wird aus Mann und Weib eins.“ Ommmmm...



Handyladen

TERRORISTEN II

Leichtes Spiel

Mutmaßliche Helfer des saudischen Top-Terroristen Osama Bin Laden verfügen in Deutschland offenbar über Verbindungen, um ihre Handys auf die Namen und Adressen unbescholtener Bürger zuzulassen. So hat der im Oktober in München festgenommene Lased Bin Heni, der in Bin Ladens Terrororganisation al-Qaida verstrickt sein soll, für seine Gespräche mit Komplizen ein Handy benutzt, das auf einen ahnungslosen Münchner Filmrequisiteur angemeldet war. Die Staatsschutzabteilung des Bundeskriminalamts in Meckenheim hatte das Handy mit der D2-Rufnummer 0174-269 32 03 drei Monate lang abgehört und

dabei Bin Henis Verbindung zu einer von Mailand aus operierenden Terrorzelle aufgedeckt. Vor dem Zugriff tauchten die Staatsschützer in der Wohnung des Münchners Dieter Horst L. auf – obwohl L. weder den Verdächtigen noch die Handynummer kannte, war der

abgehörte Anschluss beim Mobilfunkbetreiber Vodafone unter L.s Namen und mit einer Kopie seines Passes angemeldet worden.

Tatsächlich hatte L. seinen Ausweis zu Jahresbeginn in einem kleinen Münchner Handyladen kopieren lassen – beim Kauf eines D2-Mobils Telefons mit ähnlicher Nummer. Wie der Käufer des Bin-Heni-Handys an die hilfreiche Passkopie kam, ließ sich bislang nicht klären; offenkundig ist, dass er leichtes Spiel hatte. Der Telefonladen-Inhaber spricht von einem „Systemfehler im Computer“.



Bin Heni

WERBUNG

Lafontaine will Geld

Der ehemalige SPD-Chef und Ex-Finanzminister Oskar Lafontaine verlangt mehr als 250 000 Mark vom Autovermieter Sixt. Der hatte nach Lafontaines Rückzug aus der Politik 1999 in einer Anzeige das Bundeskabinett abgebildet – mit durchgestrichenem Lafontaine und dem Text: „Sixt verleast auch Autos

für Mitarbeiter in der Probezeit.“ Rund zweieinhalb Jahre nach dem Vorfall erklärt Lafontaine jetzt über seinen Anwalt, ihm seien dadurch 250 000 Mark Honorar entgangen. Zusätzlich will er eine ungenannte Summe für die vermeintliche Verletzung seines Persönlichkeitsrechts. Sixt hält die Forderung für unbegründet. In ähnlichen Fällen hatte Lafontaine allerdings Erfolg: Die Tankstellenkette Jet und die Direkt Anlage Bank zahlten ihm nachträglich je 100 000 Mark.

Nachgefragt

K-Streit kratzt am CDU-Image

„Die CDU/CSU streitet seit Monaten über den Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 2002. Wie wirkt sich dies auf das öffentliche Bild der CDU aus?“

	Gesamt	Anhänger der SPD	CDU/CSU	B'90/Grüne	FDP	PDS
Negativ , weil der Eindruck von Uneinigkeit entsteht	65	72	58	73	55	58
Positiv , weil eine lebendige Partei auch streiten muss	10	10	12	12	19	6
ohne große Auswirkungen	19	15	26	14	23	30

NFO-Infratest-Umfrage für den SPIEGEL vom 11. bis 13. Dezember; rund 1000 Befragte; Angaben in Prozent; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/keine Angabe

S. DÖRING/VISUM